

Glass-Steagall-Bewegung wächst: Was Donald Trump jetzt tun muß

Von Harley Schlanger

Während die Bewegung für die Rückkehr zum Glass-Steagall-Trennbankengesetz im US-Kongreß wächst, versuchen die Handlanger der Londoner City und der Wall Street verzweifelt, diesen historischen Schritt zu verhindern. Und die aus London gesteuerten Finanznetzwerke und ihre Verbündeten im „Staat im Staate“ der Geheimdienste, die Trump mit ihren Lügen und Erpressungen dazu verleiteten, aufgrund haltloser Behauptungen von Londoner Dschihadisten-Netzwerken einen Raketenangriff auf Syrien durchzuführen, um zu verhindern, daß Trump seinen strategischen Dialog mit Rußland und China fortsetzt, versuchen nun mit den gleichen Methoden, die Einführung eines Trennbankengesetzes zu verhindern, das dem wahren Amerikanischen System entspricht.

Die Wiederherstellung von Glass-Steagall würde nicht nur die Macht der „systemrelevanten“ Banken brechen, sie würde auch die derzeit geschwächten regionalen und lokalen Banken in Amerika in die Lage versetzen, sich am Aufbau eines Hamiltonischen Systems produktiver Kreditschöpfung zu beteiligen, um den verfallenen Produktionssektor in den USA wiederaufzubauen und die dringend notwendige Modernisierung der amerikanischen Infrastruktur zu finanzieren.

Die Verzweigung der „Bankster“ wuchs mit der Vorlage eines Glass-Steagall-Gesetzesantrags (S. 881) im US-Senat am 6. April und mit wiederholten Erklärungen von Regierungssprechern, Präsident Trump sei für die Rückkehr zu Glass-Steagall und die Aufhebung des Dodd-Frank-Gesetzes (Präsident Obamas Bankenreform), das einseitig die Megabanken bevorzugt. Die Senatsvorlage hat fünf Unterstützer: die Demokraten Elizabeth Warren (Massachusetts), Maria Cantwell (Washington) und Kirsten Gillibrand (New York), den Republikaner John McCain (Arizona) und den Unabhängigen Angus King (Maine). Die Vorlage ist das Gegenstück zu dem Antrag HR 790 im Repräsentantenhaus, der dort inzwischen 43 Unterstützer hat.

Senatorin Cantwell hat einen Aufruf zur Massenunterstützung für das Gesetz veröffentlicht und eine Petition gestartet, in der gefordert wird, daß der Kongreß endlich das Glass-Steagall-Gesetz beschließt, das in den Wahlprogrammen beider Parteien für 2016 enthalten war. Die Petition hat die Überschrift: „Nehmt die Megabanken an die Leine! Beschließt Glass-Steagall!“ Darin heißt es:

„Der Kongreß muß dies schnell durch Maßnahmen unterstützen, denn viele arbeitende Menschen leiden immer noch unter der Finanzkrise von 2008. Viele haben ihr Eigenheim verloren und kämpfen immer noch um ein Auskommen für ihre Familien.

Gleichzeitig scheffelten die Vorstände der Wall Street Milliarden,

und die großen Banken wurden noch größer. Sie setzen ihr riskantes Verhalten fort, das die Krise von 2008 verursacht hat. Die Regeln sind gezinkt zugunsten der Wall Street.“

Cantwells Petition ist nur eine von mehreren, die in Umlauf sind, weitere kamen u.a. vom Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und vom LaRouche-Aktionskomitee.

Der Direktor von Präsident Trumps Wirtschaftsbeirat, Gary Cohn, hatte in einer Diskussion mit Cantwell und einem weiteren Senator erklärt, er unterstütze eine Rückkehr zu Glass-Steagall. Bei der Anhörung über seine Ernennung zum Finanzminister hatte sich auch Steven Mnuchin für eine Trennung der Banksparten ausgesprochen, wenn auch nicht für die strikte Trennung des ursprünglichen Glass-Steagall-Gesetzes. Aber ihr Eingeständnis, daß eine solche Trennung notwendig ist, ließ bei den großen Banken und ihren Handlangern die Alarmglocken schrillen.

Trump selbst hatte darauf bestanden, daß die Forderung nach der Wiedereinführung von Glass-Steagall in die Wahlplattform der Republikaner aufgenommen wurde, und sein damaliger Wahlkampfmanager Paul Manafort hatte persönlich interveniert, um dies gegen den Widerstand der Wall-Street-Republikaner durchzusetzen. (Manafort gehörte auch zu jenen, die im Zuge der Versuche, Trump als „Putin-Marionette“ darzustellen, der seine Wahl der russischen „Einmischung“ in den Wahlkampf verdanke, von den Clinton-Demokraten und den Neocons angegriffen wurden.) Trump hatte sich im Wahlkampf für Glass-Steagall ausgesprochen, als Beispiel dafür, wie er gegen das Wall-Street-Establishment „für die Menschen eintreten“ werde, und sein Pressesprecher Sean Spicer hat diese Haltung auch nach der Wahl mehrfach bekräftigt.

Der Angriff der Londoner City

Angesichts der Vorlagen in den beiden Kammern des Kongresses, die von Demokraten und Republikanern und vom Weißen Haus unterstützt werden, ist unter den globalistischen Bankern, denen durch dieses Gesetz ein Tag der Abrechnung bevorstünde, Panik ausgebrochen. Ihr Feldzug gegen das Gesetz wird angeführt von der Londoner Financial Times (FT), die wie üblich die Tatsachen verdreht und lügt, damit das Gesetz zu einem für die Banken ungefährlichen „Glass-Steagall light“ verwässert wird. Die Zeitung brachte dazu am 10., am 13. und am 17. April in sich widersprüchliche Artikel; zum einen wird darin behauptet, ein Beschluß des Gesetzes sei unwahrscheinlich, „wahrscheinlich wird nur wenig bei dem Glass-Steagall-Plan herauskommen“, hieß es am 17. April, zum anderen sind sie voller düsterer Vorahnungen für den Fall, daß das Gesetz in Kraft gesetzt wird. Am 13. April schrieb

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE: 06131-237384 • info@bueso.de
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 22 11 28, 55050 Mainz

Berlin: 030-8023405 • **Sachsen:** 0351-4278140 • **Bayern:** 089-7254011 • **Baden-Württemberg:** 0711-71943387
Hamburg: 040-18200658 • **Hessen:** 0611-7169744 • **Niedersachsen:** 0163-7774034 • **NRW:** 0201-3619753

Herausgegeben von der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Bundesgeschäftsstelle, PF 221128, D-55050 Mainz
V.f.d.l.: Elke Fimmen, c/o BüSo, Postfach 221128, 55050 Mainz – Eigendruck im Selbstverlag, April 2017

 BueSoDeutschland

 /buesojugend

 @Bue_So

John Authers, eine Rückkehr zu Glass-Steagall wäre „invasiv und schwierig“, und am 17. zitierten die Washington-Korrespondenten der FT verschiedene Banklobbyisten, die gegen die Vorlage wettern. „Das wäre sehr störend“, sagte einer, ein anderer erklärte, der Plan sei wie ein „Buschfeuer, das sich zu einem Flächenbrand auszuweiten droht“.

In den Artikeln wird die alte Leier wiederholt, daß die Aufhebung des Glass-Steagall-Gesetzes 1999 „nichts mit dem Bankenkraich von 2008 zu tun hatte“. Das gleiche behaupteten schon zahlreiche britische Publikationen wie der Economist, der US-Bankenverband (American Bankers Association) und andere Sprachrohre der Megabanken wie Heritage Foundation und Cato Institute. Diese Behauptung wurde aber schon längst von etlichen Experten widerlegt, darunter Lyndon LaRouche, der Vizevorsitzende der US-Einlagenversicherung FDIC Thomas Hoenig und die bekannte Buchautorin und frühere Investmentbankerin Nomi Prins, die argumentieren, die enorme Fremdfinanzierung, durch welche die Eigenheimblase entstand, die dann durch die inzestuösen Geschäfte zwischen Geschäftsbanken, Investmentbanken, Hedgefonds und anderen unregulierten Firmen in den Offshore-Finanzzentren weiter aufgeblasen wurde, wäre ohne die Aufhebung des Glass-Steagall-Gesetzes gar nicht möglich gewesen.

Die Washington Post, die sich auch eifrig an der Kampagne der britischen Geheimdienste und Medien über die angebliche Steuerung der Regierung Trump durch Putin beteiligt, verbreitet das gleiche unsinnige Argument gegen Glass-Steagall. Am 19. April wird dort in einem Kommentar behauptet, die Unterstützung für Glass-Steagall sei „vage“, die Aufspaltung der systemrelevanten Banken sei „ungeheuer aufwendig“, und die Aufhebung von Glass-Steagall habe nichts mit den Spekulationsblasen zu tun, die den Krach von 2008 verursachten.

Allen diesen Artikeln gemein ist die Hoffnung, daß die Spekulanten es im schlimmsten Fall mit einer Art „Ringzaun“ zu tun haben werden, einer aus Großbritannien stammenden verwässerten Version der Bankentrennung, die es ihnen erlauben würde, ihr Kasino weiterzubetreiben, obwohl es nur das reichste 1 Prozent der Bevölkerung noch reicher machte, während der produzierende Sektor der transatlantischen Nationen ausgeschlachtet wurde. Dadurch fielen zig Millionen einst produktive Arbeiter auf das Existenzminimum (oder weniger) herab – und dieser wachsende Teil der Bevölkerung rebellierte nun gegen das Establishment, wie man bei der Abstimmung über den Brexit und der Wahl Donald Trumps sehen konnte.

Warum Glass-Steagall jetzt in Kraft gesetzt werden muß

Es gibt drei zwingende Gründe, warum Präsident Trump jetzt eine überparteiliche Koalition um sich sammeln sollte, um das Glass-Steagall-Gesetz sofort in Kraft zu setzen.

Der erste und wichtigste ist, daß ein neuer Finanzkrach, der noch größer sein wird als der von 2008, unvermeidlich ist, wenn das globale Spekulationskasino nicht stillgelegt wird. Unter der Dodd-Frank-Scheinreform wurde das Kasino nicht nur offen gehalten, man erlaubte den Zockern sogar, die Regeln selbst zu schreiben. Infolgedessen werden weiter höchst riskante Wetten abgeschlossen, die Megabanken sind um mindestens 40% gewachsen. Die Schulden haben sich insgesamt stark vermehrt und bilden nun, wie der Lombardi Letter, ein Nachrichtenbrief für Investoren, in seiner Ausgabe vom 22. April treffend schrieb, „die größte schuldenfinanzierte, werte- und länderübergreifende Liquiditätsblase, die die Welt je gesehen hat“.

Die Lage wurde noch verschlimmert durch die globale Politik der sog. „quantitativen Erleichterung“, sprich Gelddrucken, unter der die Zentralbanken, allen voran die Federal Reserve, ihr Geld praktisch an die Banken verschenkt haben, anstatt sie zu zwingen, ihre faulen Schulden im Rahmen eines Insolvenzverfahrens nach den

Glass-Steagall-Regeln abzuschreiben. Die Großbanken der transatlantischen Welt nutzten diese lebenserhaltenden Maßnahmen der Zentralbanken, um an den fiktiven Nominalwerten ihrer in Wirklichkeit praktisch wertlosen Papierwerte festzuhalten.

Der bekannte Analyst und frühere Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) William White sprach das Problem am 27. März in einer Rede vor dem *Istituto Affari Internazionali* in Rom an: „Das Ausmaß der Staatsschulden in Verbindung mit den Bilanzzusagen der G7-Regierungen ist einfach unhaltbar... Diese Versprechungen können nicht erfüllt werden. Auch das Problem der Schulden des privaten Sektors wurde nicht gelöst, und einige dieser Schulden drohen auf die Regierungen zurückzufallen, die schon jetzt überlastet sind... Wir haben unzureichende Instrumente, um auf diese Krisen zu reagieren und sie zu lösen.“

Weil die Politik keine Lehren aus der Periode der immer wilder werdenden Spekulation zwischen 1999 und 2008 zog, erlaubte man den systemrelevanten Banken, ihre riskanten Methoden fortzusetzen und immer neue Finanzblasen zu schaffen. Die Megabanken kanalisieren heute ihre Kreditvergabe weiterhin in die Blase auf den Aktienmärkten, während die Kreditvergabe für Industrie und Gewerbe weiter schrumpft, was einen weiteren Rückgang der Produktion nach sich zieht. Die fünf Millionen Arbeitsplätze im produktiven Sektor, die seit 2001 in den USA verloren gingen, wurden unter Obama durch „neue“ Jobs ersetzt, die meist nur sehr schlecht bezahlt und befristet oder Teilzeit sind. Die Löhne stagnieren schon seit 1988, und das bedeutete und bedeutet für die meisten Amerikaner einen sinkenden Lebensstandard.

Die Wiedereinführung des Glass-Steagall-Trennbankensystems wird dies herumreißen und ermöglichen, daß die Bankkredite in Projekte gelenkt werden, die den Wiederaufbau der Realwirtschaft in den USA vorantreiben. Und damit kommen wir zu dem zweiten zwingenden Grund, warum Trump die Rückkehr zu Glass-Steagall durchsetzen muß: Diese Kredite werden es erlauben, neue produktive Arbeitsplätze zu schaffen, etwa beim Wiederaufbau der Infrastruktur des Landes, was der Gesellschaft realen Mehrwert bringen würde. Und damit würde er eines seiner wichtigsten Wahlversprechen einlösen, nämlich, etwas dafür zu tun, daß sich die Lebensumstände der „vergessenen Frauen und Männer Amerikas“ verbessern – eine Wortwahl, die bewußt an das Versprechen erinnert, das Franklin D. Roosevelt damals machte und erfüllte. Präsident Roosevelt setzte das Glass-Steagall-Gesetz in den ersten hundert Tagen seiner Regierung durch.

Der dritte Grund für Trump, ein Glass-Steagall-Gesetz genau nach dem Vorbild von Roosevelts Gesetz durchzusetzen – und nicht bloß eine verwässerte „Ringzaun“-Version oder ein „Glass-Steagall light“ –, liegt darin, daß der „Flächenbrand“, den die von der FT zitierten Banker fürchten, die wertlosen Papiere, mit denen die systemrelevanten Banken und die damit zusammenhängenden Spekulanten handeln, hinwegfegen würde. Ein Großteil der Macht der Vertreter von City, Wall Street und ihren Verbündeten im Apparat des „Staats im Staate“ beruht auf ihren Möglichkeiten, Politiker zu kaufen und die Überwachungs- und Erpressungskapazitäten der Geheimdienste einzusetzen, um ihre politischen Gegner einzuschüchtern. Eine Glass-Steagall-Bankenreform in Verbindung mit einer Untersuchung der kriminellen Aktivitäten des Finanzwelt nach dem Vorbild der Pecora-Kommission würde denen, die mit ihren Operationen das Potential der Regierung Trump zu ersticken suchen, die Machtmittel nehmen, und so Präsident Trump in die Lage versetzen, seine Wahlversprechen einzulösen.

Wenn man bedenkt, wie nahe die Welt an den Dritten Weltkrieg heranrückte, als Trump in die von den Briten gestellte Falle in Syrien tappte, dann wird deutlich, warum die Macht des Londoner Finanzempires so schnell wie möglich gebrochen werden muß!